

**Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung
noch möglich**

**Stadtverordnetenversammlung
Protokoll Nr. STV/10/2017**

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2017,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dustin Holzmann
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Martina Strunk
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tim Grammerstorf

Kinder- und Jugendbeirat, bis TOP 19

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

Herr Fabio Linde

Kinder- und Jugendbeirat, bis TOP 19

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Horst Kienel

Herr Thomas Reich

Frau Meike Niemann

Herr Peter Kania

Frau Sabrina-Nadine Blossey

Herr Mathias Schuster

Frau Birgit Reuter

Rechnungsprüfungsamt

Personalrat

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt

Frau Gerda Freiheit

Herr Achim Reuber

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.09/2017 vom 27.11.2017
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 19/2017
 - 7.2.2. Fußgängertunnel Manhagener Allee
 - 7.2.3. Weihnachtsgrüße
8. Ehrung von Stadtverordneten
9. Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung der Ausschüsse **AN/101/2017**
10. Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg - Personalentwicklung **2017/155**
11. Grundschule Am Reesenbüttel - Einführung einer Offenen Ganztagschule zum Schuljahr 2019/2020 **2017/120/1**
12. Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertagesstätten **2017/133/1**
13. Erlass der Haushaltssatzung 2018 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2018 - **2017/110/1**
14. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 **2017/108/1**
15. Beschluss der vorbereitenden Untersuchungen und des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (Innenstadt-konzept) "Ahrensburger Innenstadt/Schlossbereich" **2017/142/1**

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

- a b g e s e t z t -

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 16. | 3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten | 2017/147/1 |
| 17. | Widmung von Straßen und Erlass einer 6. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung | 2017/150 |
| 18. | Überplanmäßige Ausgabe Volkshochschule Ahrensburg - Dozenten honorare | 2017/148 |
| 19. | Weihnachtsgrüße des Bürgervorstehers | |

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

– e n t f ä l l t –

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

5. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte 20 „Grundstücksangelegenheit“, Vorlagen-Nr. 2017/070/1 sowie 21 „Grundstücksangelegenheit“, Vorlagen-Nr. 2017/146 in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gemäß § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgermeister Sarach beantragt den Tagesordnungspunkt 15 „Beschluss der vorbereitenden Untersuchungen und des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (Innenstadtkonzept Ahrensburger Innenstadt/Schlossbereich)“, Vorlagen-Nr. 2017/142/1 einschließlich der Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion (AF/2017/008) zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes von der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung abzusetzen, da es kurzfristig noch Fragen, Hinweise und Klärungsbedarf seitens des Innenministeriums gegeben habe. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 23.11.2017 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.09/2017 vom 27.11.2017

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Da sich seit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung keine Änderungen ergeben haben, wird auf das Beschlusscontrolling der vorangegangenen Sitzung verwiesen.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 19/2017

Der Finanzbericht Nr. 19/2017 ist als **Anlage** beigefügt.

7.2.2. Fußgängertunnel Manhagener Allee

Bürgermeister Sarach berichtet, dass die „Galerie der Hände“ im Fußgängertunnel Manhagener Allee dank auch verschiedener Spenden vervollständigt worden ist.

7.2.3. Weihnachtsgrüße

Bürgermeister Sarach bedankt sich bei der Selbstverwaltung, Presse usw. für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2017 und wünscht allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2018.

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

8. Ehrung von Stadtverordneten

Bürgermeister Wilde ehrt Frau Doris Brandt für ihr 20-jähriges außerordentliches Engagement als Bürgerliches Mitglied und Stadtverordnete im Ehrenamt für die Stadt Ahrensburg. Sie begann 1997 als Bürgerliches Mitglied im Schul- und Kulturausschuss und setzte ihr ehrenamtliches Engagement ab April 1998 als Stadtverordnete fort. Sie war bereits in sämtlichen Ausschüssen der Stadt Ahrensburg tätig, einschließlich der Mitgliederversammlung des Städtebundes Schleswig-Holstein, Verein Hospiz e. V. etc. Im Mittelpunkt steht ihr soziales Engagement für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Ahrensburg. In den Jahren 2003 bis 2013 war sie stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses, ab 2013 ist sie Ausschussvorsitzende des Sozialausschusses. Sie leitet den Sozialausschuss offen, fair, auf Konsens mit den anderen Ausschussmitgliedern bedacht und mit zahlreichen „brennenden Themen“, wie Krippe, Hort, Einführung der offenen Ganztagschule, Jugendarbeit. Bürgermeister Wilde dankt ihr im Namen der Stadtverordnetenversammlung für ihren Einsatz und ihr Engagement zum Wohl der Stadt Ahrensburg.

Bürgermeister Wilde ehrt Herrn Thomas Bellizzi, auch Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, für sein 10-jähriges außerordentliches Engagement zunächst als Bürgerliches Mitglied und dann als Stadtverordneter im Ehrenamt für die Stadt Ahrensburg. Erstmals wird bei der Ehrung auch die Mitgliedschaft im Kinder- und Jugendbeirat – wie vom Ältestenrat empfohlen – berücksichtigt. Stadtverordneter Bellizzi war in fast allen bekannten Ausschüssen in dieser Zeit einmal tätig, entweder als ordentliches oder als stellvertretendes Mitglied. Sein Hauptaugenmerk galt der Verwaltung und ihren Abläufen als auch den Finanzen. Seine Aufgaben in den Fachausschüssen hat er aktiv, konstruktiv und kritisch wahrgenommen. Der Hauptausschuss ist sein „Hauptaktionsbereich“. Bürgermeister Wilde dankt ihm im Namen der Stadtverordnetenversammlung für seinen Einsatz und sein Engagement zum Wohl der Stadt Ahrensburg.

Bürgermeister Wilde ehrt Herrn Bela Randschau für seine 10-jährige Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung, unter Berücksichtigung seiner Mitgliedschaft im Kinder- und Jugendbeirat. Er ist 2002 als Vertreter des Fechtclubs Ahrensburg in die kommunalpolitische Verantwortung im Kinder- und Jugendbeirat gestartet. Er war Mitglied oder stellvertretendes Mitglied in allen fast bekannten Fachausschüssen. Schwerpunktmäßig galt sein Interesse dem Sozialausschuss und den sozialen Belangen des Gemeinwesens mit einem zusätzlichen Engagement auch im Kuratorium Sozialstation, der Volkshochschule, im Verein Hospiz e. V. und im Beirat des Peter-Rantzau-Hauses. Werkausschuss, Aufsichtsrat GAG Ahrensburg und Aufsichtsrat der Stadtwerke zeichnen ein weiteres zusätzliches Bild seines vielfältigen Engagements für die Stadt Ahrensburg. Er ist auch erster stellvertretender Bürgermeister und repräsentiert die Stadt im Vertretungsfall mit einem hohen Maß an Verlässlichkeit nach außen. Man kennt und schätzt ihn als streitbaren und aufgeschlossenen Kollegen, fair, offen und gradlinig. Bürgermeister Wilde

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

dankt ihm im Namen der Stadtverordnetenversammlung für seinen Einsatz und sein Engagement zum Wohl der Stadt Ahrensburg.

AN/101/2017

9. Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung der Ausschüsse

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Wahl des Herrn Dieter Wolfers als stellvertretendes Bürgerliches Mitglied in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und der Wahl von Frau Kirstin Schilling als stellvertretendes Bürgerliches Mitglied in den Umweltausschuss gemäß Antrag der CDU-Fraktion AN/101/2017 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/155

10. **Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg - Personalentwicklung**

Stadtverordneter und Ausschussvorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag. Gemäß Empfehlung des Hauptausschusses wird in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages „Einsatz“ durch „Alarmierung“ geändert. Die Stadtverordneten stimmen anschließend einstimmig dem wie vor geänderten Beschlussvorschlag zu:

- „1. Den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren in Ahrensburg wird mit Wirkung zum 1. Januar 2018 zur Abgeltung von notwendigen Auslagen für die Teilnahme an Einsätzen (Fahrkosten, Verpflegung und Erfrischungen u. a.) im Rahmen der Entschädigungsrichtlinie für Mitglieder der Feuerwehren 4 € als Entschädigungspauschale für Fahrtkosten pro Alarmierung gewährt.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 € p. a. werden im PSK 12600.5421000 im Haushalt 2018 zur Verfügung gestellt.

2. Im Rahmen des Programms „Fit for Fire“ erhalten aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in Ahrensburg in ihrer Funktion als Atemschutzträger für den Zeitraum ihrer Atemschutzeignung zur Aufrechterhaltung derselben einen zweckgebundenen monatlichen Zuschuss von 22 € für die Mitgliedschaft in einem Fitnessstudio in Ahrensburg. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 19.300 € p. a. werden im PSK 12600.5421000 im Haushalt 2018 zur Verfügung gestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/120/1

11. Grundschule Am Reesenbüttel - Einführung einer Offenen Ganztagschule zum Schuljahr 2019/2020

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass voraussichtlich zukünftig geschätzt bis zu 85 % der Grundschul Kinder das Angebot eines Hortplatzes in Anspruch nehmen werden. Das bei der Hortbetreuung anzuwendende Kindertagesstättengesetz schreibt u. a. nicht nur einen Betreuungsschlüssel und ein bestimmtes Konzept vor, sondern auch bestimmte räumliche Standards. Eine Doppelnutzung der vorhandenen Schulräume, für die das Schulgesetz gelte, für die Hortbetreuung ist nach der Heimaufsicht nicht zulässig bzw. ausschließlich per Ausnahmegenehmigung der Heimaufsicht möglich. Zurzeit drohe diese Ausnahme zur Regel zu werden. Der Bau von Erweiterungsgebäuden für die Hortbetreuung auf dem jeweiligen Schulgelände ist häufig aus Platzgründen nicht möglich. Aus räumlicher, finanzieller und personeller Sicht sei man gezwungen, das Wagnis OGS einzugehen oder es bestehe die Gefahr, dass Eltern zukünftig keinen Hortplatz mehr erhalten würden. Aus diesem Grund wird die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadtverordneter Stukenberg führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass diese seit Jahren gefordert habe, ein besseres Bildungspotenzial an den Schulen zu realisieren, auch für die Kinder mit unterschiedlichen Entwicklungen und besonderen Förderbedarfen. Die OGS sei ein integrales Konzept der Schule für die Zukunft. Das Konzept gäbe mehr Freiheiten, Spezialisten für alle Tätigkeiten in der Schule zu engagieren und auch das Angebot an den Schulen von z. B. Sport, Kunst, Chor, Handwerk etc. am Nachmittag zu erweitern. Die FDP-Fraktion wird deshalb dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadtverordnete Hengstler stimmt im Namen der CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Sie verweist auf die Diskussionen im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und im Sozialausschuss, in denen fraktionsübergreifend die beste Lösung für die Kinder gesucht worden sei.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordneten Möller wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/120/1 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/133/1

12. Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertagesstätten

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Stadtverordnete Brandt erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird und deren Realisierung ausdrücklich unterstütze. Die Erzieherinnen in den Kindertagesstätten seien am Limit. Früher habe es Halbtagsgruppen gegeben, heute sei die Betreuung der Gruppen mit Früh- und Spätdienst wesentlich länger, die Gruppen seien aufgrund des höheren Betreuungsbedarfes größer mit einem ständigen hohem Geräuschpegel. Dies habe auch mehr Elterngespräche und demzufolge mehr Dokumentierungen zur Folge. Da es sich u. a. bei den Schreivarbeiten um artfremde Aufgaben einer Erzieherin handele, bestehe mit diesem Beschluss die Möglichkeit, den Erzieherinnen eine Hilfe zur Verfügung zu stellen, auch im Hinblick darauf, dass nicht ausreichend Erzieher auf dem Arbeitsmarkt vorhanden seien. Dem Wunsch der einzelnen Einrichtungsträger, über ihr Personalbudget selbstständig zu verfügen, sei man von der Selbstverwaltung nachgekommen. Auch eine gemeinsame Unterstützungskraft für mehrere Einrichtungen wäre denkbar. Es handele sich um ein Experiment. Nach einem Jahr sollte überprüft werden, inwieweit eine Erleichterung vorliege bzw. welche weiteren Möglichkeiten der Erleichterung es geben würde. Sie lobt in diesem Zusammenhang die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion lobt die sehr gute Vorlage und die der Politik vorgelegte übersichtliche Exceltabelle mit den verschiedenen Varianten. Im Rahmen dieser Vorlage werde über jährlich 400.000 € Mehrkosten an Kinderbetreuung abgestimmt. Die SPD-Fraktion wird diesem zustimmen aufgrund der enormen Schwierigkeiten in den Kindertagesstätten bei den personellen Neu- und Nachbesetzungen, Krankheitsfällen etc. Mit der Einrichtung eines Personalbudgets könne jede einzelne Einrichtung am Markt rekrutieren, was benötigt werde mit dem Anspruch der Einrichtung, auch eine reale Verbesserung und Entlastung der Kräfte zu erreichen. Anstatt der Büro­tätigkeit könne sich der Erzieher zeitlich wieder mehr der Arbeit am Kind widmen. Mit dieser Vorlage werde ein erstaunlich großer Schritt in Richtung Qualität in den Kindertagesstätten gemacht.

Stadtverordneter Stukenberg begrüßt im Namen der FDP-Fraktion, dass fraktionsübergreifend die Empfehlung gegeben werde, die Qualität in den Kindertagesstätten zu verbessern. Es sei lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein. Eine kleine Einrichtung würde 10.000 € bis 12.000 € jährlich, somit ca. 1.000 € monatlich erhalten. Eine Entspannung hierdurch sei jedoch möglich. Die Stadt gehe hier deutlich in Vorleistung, da seit Jahren das Land gefordert sei, sich in diesem Bereich deutlich mehr zu engagieren. Seinem Antrag auf getrennte Abstimmung der Empfehlung des Sozialausschusses wird mehrheitlich zugestimmt.

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/110/1

13. Erlass der Haushaltssatzung 2018 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2018 -

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Levenhagen erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass die CDU-Fraktion sich im Hauptausschuss bei der Beschlussfassung über eine Empfehlung des Stellenplans für die Stadtverordnetenversammlung enthalten habe. Die CDU-Fraktion hat diverse Stellen im Teil A des Stellenplans abgelehnt, jedoch nicht die erforderliche Mehrheit für die gestellten Anträge im Hauptausschuss erlangt. Er weist darauf hin, dass die Ausgaben für die Personalkosten im Haushaltsentwurf 2018 fast die Größenordnung der Einnahmen der Gewerbesteuer erreichen. Unabhängig davon würden auch Mehrkosten dadurch entstehen, dass nicht ausreichend Büroräume zur Verfügung stehen würden. Insbesondere der Antrag auf Streichung der Springerstelle (Stellenplan Nr. 31) und der IT-Stelle (Stellenplan Nr. 39) sei nur mit knapper Mehrheit im Hauptausschuss abgelehnt worden. Nach Auffassung der CDU-Fraktion müsse die Stelle Nr. 39 nicht zwingend eingerichtet werden, da die IQSH und die Kultusministerkonferenz lediglich deren Einrichtung empfehlen. Es handele sich um eine freiwillige Leistung der Stadt. Er zweifelt die Erforderlichkeit einer Springerstelle (Stellenplan Nr. 31) zum Einsatz bei einem Krankheitsstand von insgesamt fünf Verwaltungsfachangestellten für 12 Monate an und stellt die Frage nach den Gründen des hohen Krankheitsstandes unter den Mitarbeitern. Dem Antrag der CDU-Fraktion, die ehemalige halbe Stelle der Gleichstellungsbeauftragten dem Behindertenbeirat zur Verfügung zu stellen, sei zugestimmt worden.

Stadtverordneter Bellizzi stimmt im Namen der FDP-Fraktion den Ausführungen der CDU-Fraktion insofern zu, dass bei den Personalkosten Kostensteigerungen begrenzt werden müssten. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen die Schaffung von Stellen für freiwillige Aufgaben aus, wie Klimaschutzmanager und die halbe Stelle für den Behindertenbeirat. Vergleichbare Städte der Größenordnung von Ahrensburg hätten z. B. keinen Inklusionsbeauftragten. Die FDP-Fraktion befürwortet Stellen mit pflichtigen Aufgaben wie im Bereich des Einwohnermeldeamtes und der Stelle für die Digitalisierung in den Schulen (Stellenplan Nr. 39). Diese Stellen seien für den Verwaltungsablauf und dem Dienst an dem Einwohner erforderlich. Stadtverordneter Bellizzi wird sich dementsprechend bei dem Beschluss zum Stellenplan enthalten, die FDP-Fraktion wird jedoch dem Haushalt insgesamt zustimmen. Stadtverordneter Stukenberg wird dem Stellenplan zustimmen.

Stadtverordneter Proske äußert im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls ein Unbehagen über die Entwicklung des Stellenplanes mit einer Aufstockung der Stellen, da die Angestellten dauerhaft bezahlt werden müssen. Da die Stadt jedoch wachse und neue Aufgaben hinzukommen, wie Datenschutz und IT,

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

müssten – um eine funktionierende Verwaltung zu haben – die entsprechenden Stellen bereitgestellt werden.

Bezüglich der Stellen in der Einwohnerverwaltung handele es sich zwar um eine Pflichtaufgabe, jedoch seien extrem lange Wartezeiten im Bereich der Einwohnerverwaltung bzw. Beschwerden nicht bekannt. Die SPD-Fraktion hat beantragt, die Aufstockung dieser Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen, da die Stellen in einem Gesamtzusammenhang mit dem E-Government gesehen werden. Ziel sei, dass Einwohner nicht nur zu den Öffnungszeiten Dienstleistungen in Anspruch nehmen, sondern auch außerhalb der Öffnungszeiten diese vorbereiten könnten.

Stadtverordneter Egan zieht den Antrag AN/103/2017 zurück. Dieser beinhaltete die Bereitstellung einer befristeten und einer unbefristeten Stelle eines Architekten/Bauingenieuren. Da man für drei Jahre befristet keine qualifizierten Bauingenieure bzw. Architekten auf dem Arbeitsmarkt finden würde, stellt er im Namen der WAB-Fraktion nachfolgenden Antrag: „Die WAB-Fraktion beantragt die Schaffung zweier zusätzlicher unbefristeter Stellen in der Zentralen Gebäudewirtschaft ab 2018 in Vollzeit.

1. Stelle: 2 Architekten/Bauingenieure im ZGW unbefristet

alternativ: falls Punkt 1 keine Mehrheit findet:

2. Stelle: 1 Architekt/Bauingenieur im ZGW unbefristet.“

Er verweist auf die zahlreichen Investitionen im Hochbau, für die die personelle Ausstattung im Fachdienst ZGW nicht ausreichend sei. Neben der Sanierung des Rathauses, der Erweiterung der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule sei im Haushaltsentwurf 2018 der Bau einer Kita, einer Tiefgarage und eines Umkleidehauses auf dem Stormarnplatz vorgesehen. Sämtliche Projekte würden eine hohe Dringlichkeit haben. Um die Aufträge ohne Verzug bearbeiten zu können, würde der Fachdienst ZGW zwei zusätzliche Architekten/Bauingenieurstellen benötigen. Sofern lediglich einer Stelle zugestimmt werden würde, würden sich verschiedene Projekte verschieben.

Stadtverordneter Hansen erklärt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls ein Unbehagen über den Anstieg der Stellen im Stellenplan, weist jedoch darauf hin, dass die Stadt wachse und weitere Aufgaben vom Land auf die Gemeinden übertragen worden seien. Die Personalkosten für die Stelle des Klimaschutzmanagers würden zu 70 % über Einnahmen aus Fördergeldern bezahlt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworten die Bereitstellung einer unbefristeten Stelle im Fachdienst ZGW.

Dem Antrag des Stadtverordneten Bellizzi über den Antrag der WAB-Fraktion jeweils getrennt über die jeweils einzelne beantragte Stelle im Fachdienst ZGW abzustimmen, wird mehrheitlich zugestimmt. Die FDP-Fraktion spricht sich für die Bereitstellung einer Stelle im Fachdienst ZGW aus. Nach einem Jahr könne geprüft werden, ob eine weitere Stelle erforderlich sei. Er verweist auch auf die zusätzlichen Personalkosten einer weiteren Stelle in Höhe von

**Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung
noch möglich**

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/108/1

14. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018

Gemäß Empfehlung des Finanzausschusses hält Stadtverordneter und Mitglied des Finanzausschusses Herr Egan den Sachvortrag, da der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses sich zur Sitzung entschuldigt haben. Der Ergebnisplan schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 1.964.100 € ab. Der Kreditbedarf im Finanzplan musste im Rahmen der aktuellen Planungen von ursprünglichen 4 Mio. € auf 7 Mio. € erhöht werden. Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/108/1 mit 7 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zuzustimmen.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass gemäß Schreiben des Kinder- und Jugendbeirates vom 22.09.2017 um einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € zur Feier des 20-jährigen Jubiläums des Kinder- und Jugendbeirates gebeten wird (**siehe Anlage**). Er beantragt, Mittel in Höhe von 1.000 € für die Bezuschussung des 20-jährigen Jubiläums des Kinder- und Jugendbeirates im Haushalt 2018 bereitzustellen.

Stadtverordneter Möller erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf gemäß Vorlagen-Nr. 2017/108/1 in Form der 5. Veränderungsliste zustimmen wird. Im Finanzhaushalt seien 15,5 Mio. € für Auszahlungen aus Investitionen veranschlagt, die zum Teil mit einer Kreditaufnahme bis zu 7 Mio. € refinanziert werden würden. Für Baumaßnahmen seien 11,64 Mio. € vorgesehen. Angesichts steigender Gewerbesteuerereinnahmen und dem hohen Kassenbestand von 15,5 Mio. € warnt er davor, dass die Mittel in Höhe von 15,5 Mio. € sich nur deshalb angesammelt hätten, da im Haushaltsjahr 2017 nicht alle geplanten Investitionen aufgrund des spät verabschiedeten Haushalts realisiert werden konnten, sodass diese Mittel tatsächlich nicht zur freien Verfügung stehen würden. Einige der im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushaltsentwurf 2018 vorgesehenen Projekte seien in ihrer Zeitplanung unrealistisch. Er verweist auf die Komplexität und Langwierigkeit von Bauvorhaben auch unter Berücksichtigung des erforderlichen Bauleitplanverfahrens, wie z. B. Tiefgarage Stormarnplatz. Im Bereich des Stormarnplatzes sei der Bau der Tiefgarage, die Rathaussanierung, die Aufstellung der Bürocontainer für die Bauzeit und die im Haushalt mit Sperrvermerk versehene Skateranlage planerisch zu vereinbaren. Daneben sei ein Umkleide- und Duschhaus im Bereich des Stormarnplatzes geplant.

Im Investitionsplan für 2018 und Folgejahre seien viele notwendige Projekte enthalten wie die Mittel für die Städtebauförderung, z. B. 800.000 € für die Hamburger Straße, Sanierung des Rathauses, Erweiterung der SLG, Neubau der Kita Heimgarten, neben der Erneuerung von u. a. diversen Straßenbeleuchtungen. Unverhältnismäßig teuer sei die Moorwanderwegbrücke mit Kosten in Höhe von 891.000 €.

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

Stadtverordneter Levenhagen erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Zwar werden 7 Mio. € an Krediten aufgenommen, jedoch im Hinblick auf die zurückliegenden Jahre seien Kredite auch getilgt worden. Bei den im Haushalt vorgeschlagenen Investitionen handele es sich um Objekte, die größtenteils von der CDU-Fraktion befürwortet und den Einwohnern zugutekommen würden. Bezüglich einer Verlagerung der Sportplätze in das Beimoor-Gebiet verweist er auf zusätzliche geschätzte Kosten in Höhe von 10 bis 15 Mio. €.

Stadtverordneter Langbehn führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Haushalt zustimmen werde. Stadtverordneter Langbehn wird sich der Stimme enthalten, weil der Haushalt nicht realistisch sei. Er hätte sich gewünscht, dass nur die Investitionen und Planungen im Haushalt aufgenommen werden, die im Haushaltsjahr auch tatsächlich umgesetzt werden können.

Eine Verlagerung der Sportplätze in das Beimoorgebiet würde auch zeitnah die Überplanung des Stormarnplatzes mit weiteren finanziellen Belastungen zur Folge haben.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Haushalt, der mit einem positiven Ergebnis- und Finanzhaushalt abschließen und auch in der mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten drei Jahren positiv sei, zustimmen werde. Die FDP-Fraktion befürworte die Projekte im Haushalt, wie die Erweiterung der SLG, Bereitstellung des Gerätewagens Logistik für die Feuerwehr, Einführung der offenen Ganztagschule, Förderung der Tagesmütter. Unbestritten sei, dass Umkleidekabinen auf dem Stormarnplatz erforderlich seien, die FDP-Fraktion spricht sich jedoch gegen die teuerste Variante mit 800.000 € aus, da die Planung „Stormarnplatz“ ergebnisoffen zu diskutieren sei. Die aktuelle Einnahmesituation bezüglich der Gewerbesteuererinnahmen habe ein historisches Hoch erreicht. Momentan werde davon ausgegangen, dass dieses historische Hoch weiterhin so bestehen bleibe. Er mahnt zur Vorsicht bei der Schätzung von Gewerbesteuererinnahmen und den Haushalt zukünftig nicht „zu überfrachten“.

Er stellt im Namen der FDP-Fraktion nachfolgenden Antrag:

„Investitionen bei Produktkonten: 54600 und 55105:

54600		
2018	Planungskosten TG Stormarnplatz	400.000 €
2018	VE Planungskosten TG Stormarnplatz	380.000 €
2018	VE Baukosten TG Stormarnplatz	2.820.000 €
2020	FPL Baukosten TG Stormarnplatz	1.000.000 €
2021	FPL Baukosten TG Stormarnplatz	1.820.000 €

54105.0900002 Alt 2018 300.000 € Neu 2021 300.000 €“

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

Zu dem Antrag führt er aus, dass „die Fraktionen FDP, CDU und WAB möchten, dass mit höchster Priorität das Parkplatzproblem in der Innenstadt, u. a. durch den Bau einer Tiefgarage unter dem Stormarnplatz gelöst werde.

Seit Jahren werde den Kindern und Jugendlichen eine neue Skateranlage versprochen. Mit den Planungen für beides inklusive Bebauungsplanänderung ist nach Auffassung der FDP-Fraktion unverzüglich zu beginnen. Dabei seien die Sanierung des Rathauses, die Planungen einer eventuellen Rathausenerweiterung und eines Parks inklusive neuer Skateranlage auf der geplanten Tiefgarage zu berücksichtigen.“ Die Zeitplanung für die Tiefgarage im Haushaltsentwurf würde jedoch jeglichen fachlichen Aussagen widersprechen. Im Rahmen der Rathaussanierung müssten Büros in Form von Container auf den Stormarnplatz ausgelagert werden. Die Mittel für den Bau der Tiefgarage sollten realistisch in den Haushalt eingepflegt werden. Er bittet um Zustimmung zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Stadtverordneter Randschau erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass vor Realisierung einzelner Maßnahmen ein Gesamtkonzept für den Bereich Stormarnplatz erarbeitet und z. B. die Fragen der Verlagerung des Sports in das Beimoor-Gebiet, Bau eines Stadtparkes, Bau der Skateranlage etc. geklärt werden sollten. Unabhängig hiervon sei die Einleitung eines entsprechenden Bauleitplanverfahrens erforderlich. Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

Stadtverordneter Egan weist auf einen Jahresüberschuss im Ergebnishaushalt in Höhe 1.964.100 € hin. Der Ergebnishaushalt verzeichnet jedoch u. a. 3,8 Mio. € einmalige Einnahmen aus Grundstücksgewinnen sowie 1,6 Mio. € aus zentralen Ausgabekürzungen im Bereich der Sach- und Personalleistungen. Es würden weiterhin zukünftig strikte Ausgabenkontrollen erforderlich sein. Man könne sich nicht auf dauerhaft hohe Gewerbesteuererinnahmen verlassen.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Proske, Schubbert-von Hobe, Schmick und Hansen.

Anschließend wird wie folgt abgestimmt: „Dem Kinder- und Jugendbeirat wird ein Zuschuss in Höhe von 1.000 € anlässlich seines 20-jährigen Bestehens zum Feiern entsprechend der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt - dem Schreiben des Kinder- und Jugendbeirates vom 22.09.2017 - gewährt.“

Abstimmungsergebnis:

27 dafür

1 Enthaltung

Anschließend wird über den Antrag der FDP-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Investitionen bei Produktkonten: 54600 und 55105:

54600

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/142/1

- 15. Beschluss der vorbereitenden Untersuchungen und des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (Innenstadtkonzept) "Ahrensburger Innenstadt/Schlossbereich"
- a b g e s e t z t -**

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/147/1

16. 3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten

Stadtverordneter und Mitglied des Finanzausschusses Herr Egan hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/147/1 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/150

17. Widmung von Straßen und Erlass einer 6. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Möller hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/150 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

2017/148

18. Überplanmäßige Ausgabe Volkshochschule Ahrensburg - Dozentenhonore

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/148 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Einwände durch die Stadtverordnetenversammlung noch möglich

19. Weihnachtsgrüße des Bürgervorstehers

Bürgervorsteher Wilde wünscht allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und bedankt sich bei der schreibenden und digitalen Presse für die faire Berichterstattung.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin